

47/J XXII.GP

Eingelangt am: 23.01.2003

ANFRAGE

des Abgeordneten Brosz, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur

betreffend Umsetzung des Rundschreibens 22/2002 des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern im gesamten Bereich des BMBWK

Im Rundschreiben 22/2002, GZ 15.510/17-VII/B/2/02 vom 8. Mai 2002 mit dem Titel: sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern im gesamten Bereich des BMBWK als Grundlage zur Umsetzung des Gender Mainstreaming; Bekanntgabe eines Leitfadens

In diesem Rundschreiben wird folgendes festgehalten: "Dies betrifft das geschlechtergerechte Formulieren von sämtlichen Rechtstexten und Verwaltungstexten ebenso wie die Erstellung von allgemeinen Schriftstücken, von Briefen, die Formulierung von Anreden, Adressen und die Führung von Personenverzeichnissen, die Erstellung von Formularen, Ausweisen, Diplomen, Zeugnissen oder die Abfassung von Berichten, Publikationen usw., somit den gesamten Bereich des Schrifttums im Bereich des BMBWK. Ebenso vom Grundsatz der sprachlichen Gleichbehandlung betroffen ist der gesamte Bereich der Begutachtung von Unterrichtsmitteln (Schulbücher, audiovisuelle Unterrichtsmittel, automatisationsgestützte Datenträger, usw.)."

Zuletzt schreiben Sie: "Ich ersuche alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ressorts, die angegebenen Grundsätze ab sofort anzuwenden. Die Führungskräfte des Ressorts sind aufgerufen, umgehend in ihrem Bereich die notwendigen Vorkehrungen zur Umgestaltung von Schriftstücken, Webseiten u. dgl. zu schaffen, um diese Leitlinie der Bundesregierung umzusetzen."

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

Die von Ihrem Ministerium eingebrachten Regierungsvorlagen 1188 d. B. (Änderung des Schulorganisationsgesetzes), 1189 d. B. (Änderung des Schulunterrichtsgesetzes) und 1190 d. B. (Änderung des Schulpflichtgesetzes) wurden nicht nach den Grundsätzen der sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern formuliert. Gibt es einen

besonderen Grund für die Nichteinhaltung Ihres Rundschreibens in diesen Regierungsvorlagen? Werden künftige von Ihrem Ressort verfasste Regierungsvorlagen geschlechtergerecht formuliert sein?

2. Anfragebeantwortungen Ihres Ministeriums, welche nach dem 8. Mai 2002 erstellt wurden, weisen nur teilweise geschlechtergerechte Formulierungen auf. So wurde die Anfragebeantwortung 4241/AB (Lehramtsausbildung an der Universität Innsbruck) vom 18. Oktober 2002 konsequent in geschlechtergerechter Sprache verfasst, die Beantwortung 4284/AB (Nominierung des österreichischen Vertreters für pädagogische Angelegenheiten in Europa) vom 14. November 2002 jedoch nicht. Gibt es einen besonderen Grund für die Nichteinhaltung Ihres Rundschreibens in diesen Anfragebeantwortungen? Werden künftige alle Anfragebeantwortungen Ihres Ressorts geschlechtergerecht formuliert sein?
3. Das Rundschreiben 22/2002 weist ausdrücklich auf die nötige Umgestaltung von Webseiten hin. Die Homepage des BMBWK selbst weist noch massive Mängel in der Umsetzung auf. Wann ist mit der vollständigen Adaptierung der Webseite in Hinblick auf geschlechtergerechte Formulierungen zu rechnen?
4. Meinen Sie nicht, dass Ihre Glaubwürdigkeit in Sachen geschlechtergerechten Formulierens leidet, wenn selbst Schriftstücke mit Ihrer Unterschrift, wie etwa Anfragebeantwortungen, nicht den Grundsätzen Ihres Rundschreibens zur sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter entspricht?
5. Wird das Rundschreiben 22/2002 des Bundesministeriums zur sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter auch konkrete Auswirkungen auf die Bezeichnungen der Vertretungskörperschaften haben?
6. Gibt es bereits eine Evaluation der Auswirkungen des Rundschreibens 22/2002? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
7. Sind begleitende Maßnahmen geplant, die zu einer Sensibilisierung und schlussendlich auch zu einer Umsetzung der im Rundschreiben festgelegten Grundsätze in Ihrem Ressort führen sollen?
8. Wird der Grundsatz des geschlechtergerechten Formulierens zukünftig verbindlich auch in Regierungsvorlagen und Anfragebeantwortungen Ihres Ressorts zur Anwendung kommen?